



Roter Pullover an Grow Together verliehen

Verein für einen guten Start ins Leben ausgezeichnet

Wie schon in den Jahren davor haben wir, die Favoritner SPÖ Frauen, im Rahmen unserer Jahreskonferenz den Roten Pullover gegen die soziale Kälte einem besonderen im 10. Bezirk angesiedelten Projekt verliehen:

Grow Together - für einen guten Start ins Leben

Grow Together wurde von Dr.ⁱⁿ med. Katharina Kruppa, Kinderärztin und Psychotherapeutin, gegründet und hat die optimale Versorgung von Neugeborenen von substanzabhängigen Müttern zum Ziel. Die sogenannten "Drogenbabys" beginnen ihr Leben mit einem Entzug und kommen oft aus sehr schwierigen Familienverhältnissen. Grow Together setzt aber nicht nur bei der Gesundheit der Kleinen sondern auch bei der ihrer Eltern an und hilft mit, so früh als möglich - also oft schon in der Schwangerschaft - einen Plan für die jungen Familien zu entwickeln, der von Weiterbildung über sichere Arbeits- und Wohnmöglichkeiten bis hin zu thera-

peutischer Begleitung geht, kurz: Eltern, die wirtschaftlich benachteiligt sind, sollen so unterstützt werden, dass ihre Kinder in einem liebevollen und entwicklungsfördernden Umfeld aufwachsen können.

Herzblut sorgen sich die MitarbeiterInnen von Grow Together um das Lebensglück und haben ein gutes Leben für die jungen ErdbürgerInnen und ihre Eltern im Blick, die es im Leben oft sehr schwer gehabt haben. Allen Kindern soll ein guter Start



Kathrin Gaal, Petra Bayr, Katharina Kruppa und Brigitta De Becker-Zentner

"Das Team rund um Dr.ⁱⁿ Katharina Kruppa versucht das, was für Menschen vielleicht das allerwichtigste im Leben ist: ein Aufwachsen ohne Benachteiligung, ohne Stigmatisierung und dafür mit allen Chancen dieser Welt möglich zu machen. Mit viel Wissen, Erfahrung und ihrem

ins Leben ermöglicht werden", begründete ich die diesjährige Entscheidung für die Vergabe des Roten Pullovers.

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte an mich: 01/534 27 310 oder petra.bayr@spw.at

FGM ist immer eine Menschenrechtsverletzung

Auch unter medizinischer Aufsicht ist FGM nicht zu tolerieren

In einer Pressekonferenz anlässlich des Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) am 6. Februar habe ich als Gründerin der Plattform Stop FGM gemeinsam mit Petra Navara von der NGO Horizont3000 über die Gefahr der so genannten „medicalisation of FGM“, also der Genitalverstümmelung unter medizinischer Aufsicht, aufmerksam gemacht. FGM ist aber niemals sicher. FGM ist immer eine Menschenrechtsverletzung, ein massiver Einschnitt in die sexuellen und reproduktiven Rechte und in die Gesundheit von Frauen und immer eine massive Verletzung des sexuellen Empfindens von Frauen.

Gesundheitliche Risiken

Da sich viele Kampagnen gegen FGM lange Zeit auf die medizinischen Risiken konzentrierten, wird in manchen Ländern FGM nun vermehrt unter medizinischer Aufsicht durchgeführt. Die Medizinisierung bedeutet jedoch oftmals ein Hemmnis damit aufzuhören, da ein falscher Eindruck über die gesundheitliche Sicherheit dieser Praktik vermittelt wird. Selbst wenn FGM unter hygienischen Umständen durchgeführt wird, gibt es dafür keine Rechtfertigung. Es bleibt eine grobe Menschenrechtsverletzung. Die Problematik dieser „medicalisation“ zeigt sich am Beispiel Indonesiens, wo FGM bis 2010 gesetzlich verboten war.

Dieses Gesetz wurde jedoch durch eine Weisung des Gesundheitsministeriums über die korrekte medizinische Durchführung von FGM de facto aufgehoben. Etwa 40 Millionen IndonesierInnen leiden unter den Folgen FGM.

Politischer Wille

Um gegen weibliche Genitalverstümmelung vorzugehen, ist eines der wichtigsten Dinge der politische Wille, FGM zu verbieten und diese Gesetze auch flächendeckend zu implementieren sowie die Finanzierung von bewusstseinsbildenden Programmen zu fördern. Bei letzteren darf auch nicht auf das Gesundheitspersonal vergessen werden, da dieses weibliche Genitalverstümmelung oftmals aus eigenen kulturellen Vorstellungen unterstützt bzw. als Einkommensquelle sieht.

Ein gutes Beispiel wie gegen FGM und vor allem gegen die Medizinisierung vorgegangen werden kann, liefert Äthiopien. Dort ist FGM nicht nur an sich per Gesetz gebannt, sondern es ist dem Gesundheitspersonal ausdrücklich verboten, sich an Verstümmelungen zu beteiligen. Zudem wurde auch das konkrete Ziel gesteckt, bis 2025 FGM komplett zu beenden.



Petra Navara und Petra Bayr bei der Pressekonferenz



Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne

Europaweite Kampagne für Menschenrechte und gegen Sonderklagerechte

Soziale Gerechtigkeit heißt, dass Unternehmen die Rechte von Menschen achten, angemessene Löhne bezahlen und die Umwelt nicht zerstören. Soziale Gerechtigkeit darf nicht vom guten Willen der Konzerne abhängen, sondern es braucht gesetzliche Regelungen. Dafür setzte ich mich seit Jahren auf unterschiedlichen Ebenen ein und ich bin nicht alleine. Auf UN-, auf EU- und auf nationaler Ebene fordern zahlreiche AkteurInnen, die Sorgfaltspflichten von Unternehmen zu stärken. Im Folgenden möchte ich über die aktuellen Aktivitäten in Österreich berichten.

Sozialverantwortungsgesetz

Alois Stöger hat einen Entwurf für ein Sozialverantwortungsgesetz (SZVG) in den Sozialausschuss eingebracht. Das SZVG sieht vor, dass Produkte, in denen Kinder- und Zwangsarbeit steckt, vom österreichischen Markt ferngehalten werden. Das Bedeutende an dem Gesetz ist, dass der Vertrieb von Produkten in Österreich untersagt werden soll, bei denen es entlang der Produktions- und Lieferkette zu Verstößen gegen das Zwangs- und Kinderarbeitsverbot gekommen ist. In einem ersten

Schritt wären Kleidung und Schuhe vom Gesetz betroffen.

Das SZVG wäre somit ein konkreter erster Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit entlang der Produktionskette. Unternehmen sind üblicherweise darauf ausgelegt, gewinnorientiert zu wirtschaften. Wir können uns daher nicht darauf verlassen, dass sie sich freiwillig für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Es braucht gesetzliche Regelungen, die bei Verstößen Sanktionen auferlegen. Wie die Regierungsfractionen auf diesen Vorschlag im Ausschuss reagieren werden, bleibt abzuwarten.

Plattform „Anders Handeln“

Die Plattform Anders Handeln ist ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem landwirtschaftlichen, kulturellen, gewerkschaftlichen, kirchlichen, feministischen, umwelt-, entwicklungs- und handelspolitischen Bereich in Österreich. Ziel ist eine gänzlich neue Handels- und Investitionspolitik, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt und nicht den Profit einiger weniger. Die Plattform will nicht, dass Unternehmen immer mehr Rechte bekommen und straflos ausgehen, wenn sie Menschenrechte verletzen.



Aktuell betreibt die Plattform die europaweite Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS“ mit dem Ziel das von der EU vorangetriebene System der Sonderklagerechte für Konzerne (ISDS) zu beenden und die Etablierung eines verbindlichen UN-Vertrags zu Wirtschaft und Menschenrechten zu unterstützen. Dafür mobilisiert die Kampagne in Österreich Unterschriften, die an die EntscheidungsträgerInnen in den unterschiedlichen EU-Institutionen gerichtet sind. Gefordert wird, die Privilegien für Konzerne zu beenden und die Straflosigkeit beim Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Mittlerweile haben über 530.000 Menschen die Petition unterstützt.

Auf dieser Website findest du alle Infos und kannst die Petition unterschreiben:

www.anders-handeln.at/petition

Zugang zu sexueller Bildung verbessern

Homophobie hat an der Schule nichts verloren

Über den eigenen Körper und die eigene Sexualität gut informiert zu sein, ungeplante Schwangerschaften und sexuell übertragbare Krankheiten verhüten zu können, kann wie Schwimmunterricht in extremen Situationen überlebenswichtig sein. Alle Schülerinnen und Schüler brauchen das nötige Wissen und die Kompetenzen, um ein gesundes Leben zu führen. Schon lange fordere ich gemeinsam mit den SPÖ-Frauen, dass alle Mädchen und Burschen auf Basis von Fakten umfassende sexuelle Bildung erhalten und das vom Kindergarten an in regelmäßigen Abständen und altersgerecht.

Workshops an Schulen

In den letzten Monaten hat der Verein TeenSTAR wegen seiner homophoben Positionen und dem Werben für unsichere Verhütungsmethoden bei Workshops in Schulen für Aufregung gesorgt. Gemeinsam mit SoHo, der Sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisation, habe ich die Verschleppungstaktik von Minister Heinz Faßmann gegenüber TeenSTAR kritisiert. Nach wie vor gibt es kein österreichweites Verbot, sodass der Verein weiter an Schulen Workshops halten kann. Nur in

einzelnen Bundesländern ist es dem Verein untersagt an Schulen zu gehen.

Europäische Höchstgerichte haben mehrmals festgestellt, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf altersadäquate sexuelle Bildung haben, das höher zu bemessen ist als das Recht der Eltern, diese aufgrund von religiösen, kulturellen oder anderen Gründen zu verwehren. Eltern nun im Vorfeld wieder zu befragen, ob sie sexuelle Bildung ihrer Kinder in der Schule überhaupt wollen, wie der Minister vorschlägt, ist nicht nur diesbezüglich zu hinterfragen – denn was würde passieren, wenn die Mehrheit keine sexuelle Bildung will? – sondern stellt auch ein Zurück in die 1970er



Alle Frauen sollen über ihren Körper entscheiden können

Jahre dar: es verkompliziert das begrüßenswerte Einbeziehen von ausgebildeten und erfahrenen Fachleuten von außen für die LehrerInnen. Dies ist nicht im Interesse der Kinder, die ein Recht auf faktenbasierte sexuelle Bildung haben.

Rückschritte

Derzeit erleben wir Rückschritte in Sachen sexuelle Bildung und Frauenrechte auf mehreren Ebenen. Soziale und rechtliche Errungenschaften werden vermehrt in Frage gestellt und aktiv angegriffen. So wird auch von Ewig-Gestrigen an der Fristenlösung gerüttelt. Eine BürgerInneninitiative fordert offizielle Statistiken zum Schwangerschaftsabbruch, verpflichtende Wartezeiten und das Abschaffen der embryopathischen Indikation.

Die BürgerInneninitiative wurde von hochrangigen Politikern der FPÖ (z.B. Norbert Hofer) und der ÖVP (neben einigen Abgeordneten auch Josef Pröll) unterzeichnet. Jene, die das Selbstbestimmungsrecht von Mädchen und Frauen einschränken wollen, sitzen heute in Regierungs- und Entscheidungsfunktionen. Wir werden als SPÖ weiter mit aller Kraft dagegen halten.